

Doppelmord von Westerhausen vor Landgericht

Thale/Westerhausen (dl) • Ein brutaler Doppelmord in Thale (Landkreis Harz) wird ab 18. April vor dem Landgericht Magdeburg juristisch aufgearbeitet. Einem 27-jährigen Mann aus dem Thalenser Ortsteil Westerhausen wird vorgeworfen, im August 2015 einen 87-jährigen nahezu blinden Mann und dessen 57 Jahre alten körperlich gehandicapten Sohn ermordet zu haben. Laut Anklage soll der 27-Jährige in der Nacht zum 14. August ins Haus der beiden Männer eingebrochen sein. Nachdem er beim Diebstahl vom 87-Jährigen überrascht worden war, erschlug er zunächst den betagten Mann und danach dessen Sohn. Um Spuren zu verwischen, setzte er danach das Haus in Brand. Das schwelende Feuer wurde erst Stunden später entdeckt. Die Staatsanwaltschaft strebt eine Verurteilung wegen Mordes zu lebenslanger Haft an und sieht obendrein eine besondere Schwere der Schuld.



Amtsgebäude soll Energie erzeugen

Dessau-Roßlau (ssi) • Das Umweltbundesamt in Dessau-Roßlau bekommt ein neues Neben-gebäude mit Vorbildwirkung. Der Bau wird keine Energie verbrauchen, sondern erzeugen. Möglich wird das durch eine 720 Quadratmeter große Photovoltaik-Anlage an der Fassade und auf dem Dach sowie einer Wärmepumpe, die mit rund 30 Erdwärmesonden verbunden ist. 13,3 Millionen Euro kostet der Neubau, der Platz für rund 100 Mitarbeiter schaffen soll. Nötig wurde der Bau, weil das 2005 errichtete Hauptgebäude nicht mehr für alle mittlerweile 920 Mitarbeiter reichte. Am Freitag setzten Staatssekretär Jochen Flasbarth vom Umweltbundesamt, Günther Hoffmann, Leiter der Abteilung Bau des Ministeriums, Bundesamtspräsidentin Maria Krautberger und Lutz Leide, Spartenleiter Facility Management in der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (v.l.), den Grundstein. Foto: dpa

Meldungen

Planenschlitzler stehlen 480 TV-Geräte

Theeßen (mf) • Sogenannte Planenschlitzler haben in der Nacht zum Freitag auf der Autobahn 2 auf dem Parkplatz Wüstenforst bei Theeßen im Jerichower Land erneut zugeschlagen. Sie stahlen nach ersten Erkenntnissen der Polizei 480 LCD-Fernseher aus einem abgestellten Sattelauflieger. Die Ware war verplombt. In diesem Jahr gab es zwischen Januar und März allein im Bereich des Autobahnpolizeirevieres Börde 33 solcher Angriffe auf Laster.

Vier Festnahmen nach Drogen-Razzia

Magdeburg (jw) • Im Rahmen einer bundesweiten Razzia hat die Polizei am Donnerstag fünf Wohnungen und einen Geschäftsraum in Magdeburg und dem Bördekreis durchsucht. Dabei beschlagnahmte die Beamten insgesamt ca. 170 Gramm Crystal, sechs Kilogramm Marihuana und eine größere Menge Bargeld. Zwei 33-jährige und ein 20-jähriger vietnamesischer Staatsbürger aus Magdeburg sowie ein 33-jähriger aus Irtleben kamen vorläufig in Haft.

Betrunkene fährt in Polizeiauto

Hecklingen (fro) • Blaulich und Stopp-Aufforderung eines Funkstreifenwagens wirkten offensichtlich anziehend auf eine Autofahrerin in Hecklingen (Salzlandkreis). Als sich die Polizei im Notstabsabgang dem im Gegenverkehr befindlichen Fahrzeug der 38-jährigen langsam näherte, lenkte die Opelfahrerin ihr Auto gegen den Streifenwagen. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von 2,56 Promille. Verletzt wurde niemand. Es entstand Sachschaden.

Zahl des Tages

16

Attacken von Wölfen auf Nutztiere gab es in diesem Jahr bislang. Dabei wurden 55 Schafe, 23 Stück Damwild und zwei Ziegen getötet. Im gesamten Vorjahr hatte die Referenzstelle Wolfsschutz mit Sitz in Arneburg (Landkreis Stendal) 21 tödliche Vorfälle verzeichnet. (dpa)

Kanalstreit bis zur letzten Instanz

Bürger klagen gegen Anschlussbeiträge und machen Druck auf neue Regierung

Bis zu 80 000 Haushalte sollen nachträglich Abwasserbeiträge bezahlen. Viele lassen sich das nicht gefallen. Bürgerinitiativen organisieren Klagen und legen am Freitag ihre Forderungen für ein neues Abgabengesetz vor.

Von Jens Schmidt
Magdeburg • Das Initiativen Netzwerk „Kommunalabgabengesetz“, kurz INKA, macht ernst. „Wir sind entschlossen, den Rechtsweg bis zu Ende zu gehen“, sagt dessen Sprecher Wolf-Rüdiger Beck. Das heißt: Bundesverfassungsgericht Karlsruhe. Die Initiative, die Protest-Vereine aus ganz Sachsen-Anhalt vertritt, hat eine Musterklage organisiert. Zu Grunde liegt der Fall eines privaten Hauseigentümers, der in der Region Bitterfeld einen nachträglichen Anschlussbeitrag von 7000 Euro zahlen soll.

Was heißt nachträglich? Die Anlagen wurden oft schon vor 15 oder gar 20 Jahren fertiggestellt, die Gemeinden hatten

Was die Parteien wollen

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits in zwei Fällen entschieden, dass es für das Eintreiben kommunaler Abgaben (wie für Trink- und Abwasseranlagen) Fristen geben muss. In Sachsen-Anhalt gilt seit 2016 eine 10-jährige Verjährung. Das wurde 2014 beschlossen. Die CDU-SPD-Landesregierung übte Druck auf die Kommunen aus,

2015 noch Tausende Rechnungen für Altfälle zu verschicken. Linke und Grüne lehnten das ab.

Die Linke reichte im März Klage beim Landesverfassungsgericht ein. SPD und CDU überlegen, es den Kommunen freizustellen, ob sie Beiträge kassieren. Der gesetzliche Druck entfiel. Die

Grünen sagen: „Wir stehen vor einem Scherbenhaufen.“ Sie wollen eine rechtssichere Lösung. Die AfD teilt mit, sie müsse sich in die Materie erst einarbeiten. Die Landesregierung sollte ein Rechtsgutachten vorlegen, hat dies aber wegen der laufenden Verfassungsklage noch nicht in Auftrag gegeben. (js)

aber bislang keine Beiträge kassiert. Sie hatten nach alter Gesetzeslage dafür auch ewig Zeit. Der Landtag beschloss 2014 daher eine zehnjährige Verjährungsfrist - gab den Kommunen aber 2015 noch ein Jahr Zeit, ihre Versäumnisse nachzuholen.

Viele Bürger halten das für verfassungswidrig. Denn Karlsruhe hatte 2013 entschieden: Gemeinden dürfen nicht ewig lange alte Rechnungen aufmachen. Belastungsklarheit und Vorhersehbarkeit für den Bürger wiegen schwerer als das kommunale Finanzinteresse. Die Verwaltungs- und

Oberverwaltungsgerichte in Sachsen-Anhalt meinen aber: Das eine Jahr Übergangsfrist für die Gemeinden gehe in Ordnung - aus Gründen des Vertrauensschutzes; schließlich gab es bis 2014 ja keinen Grund zur Eile. Der von der Initiative vertretene Hauseigentümer verlor seinen Prozess im Februar. Nun ging eine Beschwerde an die nächsthöhere Instanz, ans Bundesverwaltungsgericht Leipzig. „Meistens werden solche Beschwerden abgelehnt. Ist das aber der Fall, ist der Weg frei fürs Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.“ Die Initiative setzt auf die letzte Instanz.

Die Musterklage ist die einzige Möglichkeit, die Prozesskosten im Rahmen zu halten. Die liegen pro Instanz zwischen 3000 und 5000 Euro. Schließen sich viele zu einer Musterklage zusammen, werden die Kosten geteilt. Wichtig dabei: Der Verband muss die Widersprüche der Bürger für die Zeit des Verfahrens ruhen lassen. Macht er das nicht, müssen die Leute zahlen oder individuell klagen.

Eine Bürgerinitiative aus dem Landkreis Börde versucht daher, mit dem Wolmirstedter Verband eine entsprechende Vereinbarung zu schließen.

An der CDU-Basis regt sich Unmut

Stadtverband Landsberg warnt vor Kenia-Koalition / Koalitionsausschuss trifft sich zu Sondersitzung

Von Michael Beck
Magdeburg • In der Union regt sich Widerstand gegen eine Koalition von CDU, SPD und Grünen. In einem offenen Brief des Stadtverbands Landsberg (Saalekreis) an Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) wird eindringlich vor einer sogenannten Kenia-Koalition gewarnt.

Es gebe nur „geringe programmatische Schnittmengen“ der drei Parteien, heißt es in dem Brief. „Die Koalitionsbildung wird erkennbar mit für uns unzumutbaren Zugeständnissen verbunden sein.“ Die CDU müsse sich die Zustimmung des Wahlverlierers SPD „teuer erkaufen“. Das führe „zu einem sich an der Basis bereits abzeichnenden Verlust von Rückhalt und entspricht auch nicht dem Wählerwillen“.

Und: „Anstatt sich mit der Frage zu beschäftigen, warum sich etwa ein Viertel der Wähler - sicherlich nicht alles Extremisten - der neuen Kraft AfD zugewandt hat, sieht die

se Form der Koalitionsbildung nach, Regierungsbildung um jeden Preis“ aus, was bei den kommenden Wahlen auf Landes- und vor allem auf Bundesebene in einem Desaster enden muss.“

Der CDU-Landesvorsitzende Thomas Webel sagte am Freitag der Volksstimme: „Ich höre auch Bedenken an der Parteibasis. Eine Koalition mit den Grünen wird von einigen sehr kritisch gesehen.“ Er bekräftigte, dass die CDU eine Allianz mit der Linken oder der AfD strikt ablehne. Eine Regierungsbildung sei also nur in dem Dreierbündnis von CDU, SPD und Grünen möglich.

Webel bestätigte, dass in Teilen der Union auch eine CDU-Minderheitsregierung favorisiert werde. Der Parteichef lehnt dies mit Verweis auf das „Magdeburger Modell“, eine zwischen 1994 und 2002 von der PDS tolerierte SPD-Minderheitsregierung, vehement ab. „Davon hat sich die SPD bis heute nicht erholt“, sagte er.

Der Arbeitgeberverband der Wirtschaft für Sachsen-Anhalt forderte am Freitag, dass die CDU das Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium übernimmt. Derzeit ist Finanzstaatssekretär Jörg Felgner (SPD) für dieses Ressort im Gespräch. In der Stellungnahme des Verbandes heißt es: „Es kann nicht sein, dass sich die Christdemokraten eines der wichtigsten Regierungsressorts

von der Partei mit dem schlechtesten Wahlergebnis, der SPD, aus der Hand nehmen lassen.“ Die Spitzen von CDU, SPD und Grünen trafen sich Freitagmorgen zu einer Sondersitzung des Koalitionsausschusses. Die Grünen hatten kurzfristig auf dieses Treffen gepocht. Zuvor hatte es in der Arbeitsgruppe Bildung Streit um die Schulpolitik gegeben. „Wir haben schnell festgestellt, dass es sich in gro-

ßen Teilen um Verständnisfragen handelt“, sagte Haseloff nach der Sitzung. Die Gemeinschaftsschulen würden nicht abgeschafft. „Wir haben von Anfang an klar gesagt, dass die Grundlagen, die wir in der letzten Legislaturperiode gesetzlich geschaffen haben, weiter gelten“, sagte Haseloff. „Wir wollen Ruhe im System haben.“ Damit bleibt auch die Schullaufbahnpflicht bestehen. Das Eltern sei beim Wechsel ihrer Kinder von der Grundschule auf eine weiterführende Schule nicht unbedingt befolgen müssen.

Spannung wird es am Sonntag. Mitglieder der Arbeitsgruppe „Integration, Stärkung der Demokratie“, Stärkung der Demokratie, Stärkung der Demokratie, Stärkung der Demokratie, sind im Wahlkampf war dies eines der umstrittensten Themen. SPD und Grüne hatten Haseloff wegen dessen Forderung nach einer Integrationsobergrenze von 12 000 Flüchtlingen heftig angegriffen.



Sondertreffen in Magdeburg (von rechts): Ministerpräsident Reiner Haseloff, Grünen-Landeschefin Cornelia Lüdemann und SPD-Parteichef Burkhard Lischka. Foto: dpa

Meldungen

Studenten bauen auf Haiti Krankenstation

Köthen (dpa) • Architekturstudenten der Hochschule Anhalt wollen im armen karibischen Inselstaat Haiti eine Krankenstation bauen. Diese solle in der Stadt Jacmel entstehen, die noch immer stark von dem Erdbeben im Jahr 2010 gezeichnet sei, teilte die Hochschule am Freitag in Köthen mit. 20 000 Menschen lebten noch immer in Zelten und provisorischen Hütten in den Vororten. Die Studenten wollen zudem einen Schulhof neu gestalten. Die notwendigen Spendengelder sammeln die Studenten selbst.

Schorlemmer redet bei Genscher-Staatsakt

Berlin (epd) • Für den Staatsakt zu Ehren des verstorbenen früheren Außenministers Hans-Dietrich Genscher sind vier Trauerreden geplant. Wie der stellvertretende Regierungssprecher Georg Streiter am Freitag in Berlin mitteilte, werden Bundespräsident Joachim Gauck, der ehemalige Außenminister Klaus Kinkel (FDP), der frühere US-Außenminister James Baker und der evangelische Theologe Friedrich Schorlemmer reden. Der Staatsakt findet am 17. April in Bonn statt. Der in Reideburg bei Halle an der Saale geborene Genscher war am 1. April im Alter von 89 Jahren in seinem Haus in der Nähe von Bonn gestorben. Er gilt als Architekt der deutschen Einheit.

Personalie

Sternekoche kommt in Börde-Rasthof

Erik Arnecke (32), Sternekoche aus Bornstedt aus der Börde, bekocht am 24. April die Gäste im Rasthof Uhrsen leben an der A. 2. Arnecke, der jüngst vom Gourmet-Magazin „Feinschmecker“ zum „Aufsteiger des Jahres“ gekürt wurde, kreierte in seinem einstigen Lehrbetrieb zusammen mit seinem damaligen Chef ein Fünf-Gänge-Menü. Los geht es um 12 Uhr. Arnecke arbeitet sonst als Chefkoch im Sterne-Restaurant „Philipp Soldan“ im hessischen Frankenberg. (es)